

# Pressemitteilung

## CDU möchte Tiny Houses in Gießen ermöglichen

**Magistrat wird prüfen, ob und wo mobile bzw. feste Klein- und Kleinsthäuser in Gießen entstehen können.**

GIESSEN. Zur fünften Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und des vorangehenden Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr stellte die CDU-Fraktion der Stadt Gießen einen Antrag, dass der Magistrat der Universitätsstadt Gießen gebeten wird zu prüfen, ob, wie und zu welchen Bedingungen die Errichtung von Tiny Houses (mobil/fest) in Gießen ermöglicht werden können und ob die Universitätsstadt gegebenenfalls die benötigten Flächen zur Verfügung stellen kann.

„Der Wunsch nach Wohneigentum gehört seit je zur Lebenswelt sehr vieler Menschen. Allerdings wird die Verwirklichung dieses Wunsches zunehmend schwieriger: Flächen stehen nicht in unendlichem Ausmaß zu Verfügung, Baukosten explodieren“, erklärt Fraktionsvorsitzender Klaus Peter Möller zum Hintergrund des Antrags.

Während der Ursprung der sog. Tiny House Bewegung vornehmlich in einer notwendigen Kostenreduktion gesehen werden kann, haben sich die Entscheidungsgründe in Ländern wie den USA, aber auch in Deutschland vornehmlich in Richtung eines nachhaltigen Wohnens und Lebens entwickelt. „Unterschieden muss dabei zwischen mobilen und festen Klein- und Kleinsthäusern. Der Nutzerkreis in Deutschland kann grundsätzlich in vier verschiedene Gruppen gegliedert werden: Reduzierung der Grundstücksfläche; temporär benötigter Wohnraum an einem anderen Standort; Ferien-/Wochenendhäuser; für Selbständige oder Gewerbetreibende als Büro oder Personalwohnungen“, führt Christine G. Wagener aus. Unabhängig davon, ob die mobile oder die feste Variante geplant ist, müssen für beide Formen Richtlinien und Bauvorschriften geschaffen und/oder angepasst werden. Daneben ist die Suche nach einem geeigneten Grundstück oft der schwierige Beginn einer Tiny House Planung. „Mittlerweile gibt es deutschlandweit allerdings bereits in vielen Bundesländern Tiny House Projekte. Um nur einige zu nennen: In Niedersachsen: Hannover und Celle; in Nordrhein-Westfalen: Dortmund und Hamm; in Bayern: Amberg“, ergänzt Fraktionsgeschäftsführer Frederik Bouffier.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer fünften Sitzung einstimmig diesem Prüfauftrag zu. Der Magistrat wird daher prüfen, ob sich Möglichkeiten ergeben und Bedingungen schaffen lassen, dass aus dem jetzt noch „weißen Fleck“ Gießen die Projektionsfläche für Tiny House Planungen in Mittelhessen werden kann.

*Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Veröffentlichung*